



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 19. Juni 2017
Kantonsratspräsident Andreas Hofer

B 76 A Jahresbericht 2016 - Teil I: Geschäftsbericht (B 76a) / Teil II: Jahresrechnung (B 76b) - Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Jahresberichtes 2016 / Finanzdepartement

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Marcel Omlin.

Marcel Omlin: Leider konnte ich krankheitshalber nicht an der PFK-Sitzung teilnehmen. Ich danke Inge Lichtsteiner, die mich vertreten hat. Die Jahresrechnung ist im Prinzip Geschichte, es ist bereits alles gelaufen, und es muss nicht mehr gross darüber diskutiert werden. Die PFK hat diese Geschäfte am 31. Mai 2017 und am 2. Juni 2017 behandelt. Zu Beginn der Sitzung hat die Kommission von den Berichten der Anstalten LUKS, Lups und Lustat Kenntnis genommen. Diskussionen entstanden bei den beiden Spitalbetrieben, welche sich primär auf Investitionen, Kosten für die Pensionskasse und die Kostendeckung bezogen. Ferner wurde auch gefragt, ob ein Lean Management, wie es bei der Lups der Fall war, auch für den Kanton von Vorteil wäre. Gemäss Aussage des Direktors der Lups sei dies nur zum Vorteil der Lups unter aktiver Beteiligung der Mitarbeitenden gut entstanden. Analog zum Vorjahr hat unsere Kommission die Jahresberichte zweigeteilt erhalten: B 76 A ist eine Zusammenfassung des Jahres 2016, während B 76 B das ganze Zahlenmaterial liefert. Zu Beginn war die verlorene Abstimmung zur Steuerfusserhöhung ein Thema. Teile der Kommission wollten von Finanzdirektor Marcel Schwerzmann wissen, ob es denn so einfach sei, 20 bis 40 Millionen Franken für 2017 einzusparen. Gemäss Finanzdirektor Marcel Schwerzmann handelt es sich bei diesen Massnahmen um Leistungen, welche zusätzlich erbracht würden. Die B 38 ist erledigt, und in der knappen Zeit eine neue Botschaft zu erarbeiten, sei ein Ding der Unmöglichkeit. Grundsätzlich haben die Fraktionen Eintreten und Zustimmung zu beiden Botschaften beschlossen, allerdings wollten diverse Fraktionen zu Einzelheiten noch mehr Details erfahren. Im Besonderen wurden die Ausgaben der grossen Bereiche Bildung, Gesundheit und Asyl- und Flüchtlingswesen erwähnt. Ein Hinweis in Bezug auf die noch immer nicht voll tragende Steuerstrategie wurde eingebracht. Trotzdem seien die Steuererträge bei den natürlichen Personen um rund 11 Millionen Franken klar über dem Budget gewesen und bei den juristischen Personen um rund 10 Millionen Franken tiefer gelegen. Auch das Ausgabenwachstum von 2,3 Prozent im Jahr 2016 wurde kritisch beleuchtet. Die entgegen dem Voranschlag gewachsenen Investitionen wurden bemerkt, dies aber mit dem Hinweis, dass wir in früheren Jahren höhere Investitionen getätigt hätten. Weiter ging es mit den Hearings der Gerichte, Departemente und der Staatskanzlei. Kantonsgericht: Kantonsgerichtspräsident und -vizepräsident Marius Wiegandt und Andreas Galli präsentierten ihren Abschluss. Ein besonderes Augenmerk richteten die beiden Herren auf die Tatsache, dass ihre Kosten zum grössten Teil Personalkosten seien und die OE17 die Gerichte vor grosse Herausforderungen stelle, denn sie seien sehr schlank aufgestellt. Beim Sparen helfen die Gerichte mit, aber weitere Möglichkeiten werden als kritisch

betrachtet und könnten zu Einschränkungen in der Fallbearbeitung führen. Staatskanzlei: Der Staatsschreiber weist bei seinem Jahresbericht auf die Tatsache hin, dass das Jahr 2016 das Jahr der Digitalisierung war. Dies haben wir im Kantonsrat auch so mitbekommen.

Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement: Regierungsrat Robert Küng und Departementssekretär Thomas Buchmann präsentierten ihren Jahresbericht, welcher bereits der WAK, der RUEK und der VBK vorgelegt worden war. Dies zeigt, dass das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement sehr breitgefächert ist. Die Budgetvorgaben wurden eingehalten, und bei der Aufgabenerfüllung wurde gut gearbeitet. Diverse Fragen wurden – wie bei allen Departementen – zum budgetlosen Zustand gestellt. Gerade im Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement sind viele Leistungsvereinbarungen abgeschlossen worden, im Jahr 2017 wurde bis dato noch nichts bezahlt. Eine Frage betreffend die Finanzierung der Strassenrechnung wurde dahingehend beantwortet, dass die Mittel aus den Töpfen jeweils von Jahr zu Jahr übertragen würden, dies auch weil es sich dabei um eine Spezialfinanzierung handelt. Die personelle Situation in der Dienststelle Verkehr und Infrastruktur (vif) hat sich nicht beruhigt, würden doch eher wenige Strassenbauingenieure ausgebildet. Dies kann zu Projektverzögerungen führen. In Bezug auf die OE17 ist das Departement auf Kurs, wohl aber sind Abstriche bei Projekten, Förderprogrammen und der NRP vorzunehmen. Das Personal ist besonders bei der Dienststelle Umwelt und Energie (uwe) und bei der Dienststelle Landwirtschaft und Wald (lawa) sehr belastet. Die RUEK hat als einzige Kommission einen Mitbericht eingereicht, nach welchem zwei Postulate nicht abgeschrieben werden sollen. Die Kommission hat beim Postulat P 500, Ziffer 18, mit 12 zu 4 Stimmen auf Nichtabschreibung entschieden. Das Postulat P 260, Ziffer 26, wird mit 9 zu 7 Stimmen nicht abgeschrieben.

Justiz- und Sicherheitsdepartement: Regierungsrat Paul Winiker und Departementssekretär Vinzenz Blaser präsentierten die Schwerpunkte des Jahres 2016. Fragen sind bei den geringeren Bussenerträgen entstanden, bei welchen Regierungsrat Paul Winiker klar festhält, dass dies nicht politisch motiviert sei. Bei der OE17 ist das Justiz- und Sicherheitsdepartement in allen Bereichen auf Kurs. Leider aber laufen wir Gefahr, dass die Präsenz und die Interventionszeit der Polizei sich verschlechtern werden. Auch die notwendigen Investitionen in neue IT-Technologien wurden kritisch beleuchtet. Nach Aussage von Regierungspräsident Marcel Schwerzmann wäre das Geld bereitgestellt, es fehlt aber an entsprechendem Fachpersonal, dies weil der Markt ausgetrocknet sei.

Bildungs- und Kulturdepartement: Regierungsrat Reto Wyss und Departementssekretär Hans-Peter Heini präsentierten ihren Jahresbericht in der Kommission. Eine kritische Bemerkung gab es zu der Feststellung, dass auf zwei Lehrpersonen rund zwei Verwaltungspersonen kommen. Die Regierung widerspricht dieser Aussage, da im Verwaltungspersonal auch die Mitarbeitenden der Menschen, der technischen Dienste und der Beratungsstellen sowie auch das Betreuungspersonal bei den heilpädagogischen Schulen aufgeführt seien. In Bezug auf die OE17 sei das Bildungs- und Kulturdepartement gut unterwegs, einzig bei den Massnahmen A (politisch kritisch) müsse die Regierung zuerst noch abschliessend befinden. Für das Budget 2017 muss das Bildungs- und Kulturdepartement rund 12 Millionen Franken einsparen. Dies wird zur Hälfte mit neuen Sparmassnahmen realisiert, und der Rest wird bei den Sachaufwänden eingespart, da diese nicht realisiert werden konnten. Eine Frage stellte sich bei den relevanten Normkosten und den aktuellen Werten. Diese wurde vom Bildungs- und Kulturdepartement dahingehend beantwortet, dass für die Berechnung des Jahres 2017 die Jahre 2013–2015 gerechnet wurden und dann ausgemittelt worden sei.

Finanzdepartement: Regierungspräsident Marcel Schwerzmann und Departementssekretär Hein Bösch präsentierten ihr Jahr 2016. Die Finanzkontrolle hat moniert, dass die Darstellung der Repartitionszahlungen bei der Bundessteuer irreführend sei. Regierungspräsident Marcel Schwerzmann kann dies beantworten. Der Bund führt in seinen Büchern das Fakturierte. Die Repartitionen gehen nicht von den 17 Prozent weg, welche der Kanton erhält, sondern von den ganzen 100 Prozent. Da es auch noch Beiträge anderer Kantone gibt, sind es am Schluss 17 Prozent. Die Finanzkommission hätte gerne, dass hier das Finanzdepartement entsprechende Schätzungen vornehmen kann. Nach Aussage von Dienststellenleiter

Hansjörg Kaufmann und Regierungspräsident Marcel Schwerzmann sei dies nicht so einfach möglich, und das Departement hat hier noch kein sinnvolles Vorgehen gefunden, würde aber gerne Tipps von Aussenstehenden entgegennehmen. Bei der OE17 ist das Finanzdepartement auf Kurs, einzig zwischen dem Departement und den Gerichten bestehen im Bereich der Registerdienststelle noch Differenzen. Das Budget 2017 könne man abfangen. Gesundheits- und Sozialdepartement: Regierungsrat Guido Graf stellte der Kommission sein Departementsjahr 2016 vor. Bei der Lups wird festgestellt, dass bei der ambulanten psychiatrischen Betreuung relativ lange Wartezeiten bestünden. Dem widerspricht Regierungsrat Guido Graf nicht. Das Departement ist bemüht, hier eine kürzere Wartezeit, etwa zwei Wochen, zu garantieren, dies könne aber nicht für 2018 garantiert werden, braucht es doch auch hier wieder finanzielle Mittel. Die Entscheidungen des Spitalrates, die Personalmassnahmen aus dem KP17 nicht umzusetzen, kann Regierungsrat Guido Graf nachvollziehen. Im Quervergleich damit, was andere Kantone von ihren ausgelagerten Spitälern erhalten, stehen das LUKS und die Lups sehr gut in der Landschaft. In einzelnen Bereichen (Hebammen) sei der Markt sehr hart, ergo können dort keine Massnahmen umgesetzt werden. Bei der OE17 ist das Gesundheits- und Sozialdepartement auf Kurs. Das Gesundheits- und Sozialdepartement kann noch weiter sparen, dies hat aber Auswirkungen auf die Angebote; hier müsse zuerst die Regierung entscheiden. Die Schaffung eines Sozialversicherungszentrums kann sicher auch Ersparnisse mit sich bringen. Die in Bundesbern stattfindende Reform der Ergänzungsleistungen hat für den Kanton Luzern auch Auswirkungen, welche aber noch nicht beziffert werden können; doch wird vermutet, dass unser Kanton auch davon profitieren könnte. Die Schwankungen im Bereich des Asylwesens werden analog zu den RAV gelöst, ergo kann kurzfristig Personal abgebaut oder auch wieder eingestellt werden. Die PFK genehmigte den Jahresbericht einstimmig.

Für die CVP-Fraktion spricht Gianmarco Helfenstein.

Gianmarco Helfenstein: Die CVP tritt auf den Jahresbericht 2016 (Teil I und Teil II) ein und wird diesem zustimmen. Im Jahresbericht Teil I schreibt der Regierungsrat in seinem Vorwort von „Gleichgewicht herstellen“ und zitiert die Politik, die gerne den kantonalen Finanzhaushalt mit dem Familienbudget vergleicht. Treffend ist auch die Aussage, dass vielfach die Versuchung gross sei, die öffentliche Hand als offene Hand zu interpretieren. Die Aufgabe der Politik ist es deshalb – und erst recht in Zeiten knapper Kassen –, staatliche Leistungen dort zu beschliessen, wo sie wesentlich sind, und nicht überall dort, wo sie möglich oder angenehm sind. Anlässlich der diesjährigen Sondersitzung der AKK/PFK mit der Finanzkontrolle (Fiko) waren die Ausführungen sehr informativ und aufschlussreich, ebenso der sehr aussagekräftige Tätigkeitsbericht 2016 der Fiko mit interessanten substanziellen Inhalten besonders zum Thema Repartitionszahlungen. Im Jahresbericht Teil II müssen wir im Vergleich zum Vorjahr, das ohne die zusätzlichen SNB-Millionen ebenfalls negativ ausgefallen wäre, von einem Aufwandüberschuss im Jahr 2016 von 49,3 Millionen Franken Kenntnis nehmen. Einerseits ist der Mehraufwand mit 5,2 Millionen Franken höher ausgefallen als budgetiert. Demgegenüber sind die Erträge mit 3,2 Millionen Franken unter dem Voranschlag. Die Abweichung zum Gesamtbudget beträgt damit einnahmen- wie ausgabenseitig rund 0,1 Prozent. Dies ist also eine minimale Abweichung, die sicher erneut auch ein Verdienst der Verwaltung und ihrer Mitarbeitenden ist, die einmal mehr eine sehr hohe Budgetausgabendisziplin an den Tag legten – besten Dank. Begründet wird die Verschlechterung vor allem mit Abweichungen im Aufgabenbereich Finanzen und Steuern sowie mit höheren Gesundheitskosten. Der Druck auf den Staatshaushalt bleibt unvermindert bestehen. Bedeutende Reduktionen von Ausgaben müssen in Zukunft primär über Leistungsabbaumassnahmen mit einer nachhaltigen Reduktion von Personal- und Sachaufwand erfolgen. Die beschlossenen Massnahmen im Rahmen des KP17 und die angegangene Organisationsentwicklung (OE17) müssen konsequent und zielgerichtet weitergeführt werden. Zu diesem Thema finden wir erstmals einen Zwischenbericht des Regierungsrates im Jahresbericht 2016 auf Seite 313. Die Steuerstrategie entwickelte sich weiterhin langsamer als erwartet. Aus dem Bericht lesen wir, dass die effektiven Einnahmen

um 1,6 Prozent tiefer liegen als budgetiert. Begründet wird die Abweichung mit vermehrten Repartitionszahlungen (Abrechnungen der direkten Bundessteuer mit anderen Kantonen), weniger Verrechnungssteuern und höheren Steuerabschreibungen. Im Detail (Seite 187) sehen wir, dass die „direkten Steuern natürlicher Personen“ um 1,3 Prozent zugenommen haben, die „direkten Steuern juristischer Personen“ jedoch die Vorgabe im Budget um 8,4 Prozent nicht erreicht haben. Erfreulich jedoch ist die Wachstumsrate des „Ertrags laufendes Jahr, juristische Personen“ ohne Berücksichtigung der Steuergesetzrevisionen von 12,4 Prozent; budgetiert waren lediglich 6 Prozent. Auf der Aufwandseite liegt der Bereich Gesundheit wieder deutlich über dem Budget, was erneut unter anderem mit der Preis- und Mengenausweitung in der Akutsomatik und der Psychiatrie begründet wird. In der Investitionsrechnung wird das festgesetzte Budget von 137,8 Millionen Franken um 3,8 Millionen Franken überschritten. Die CVP-Fraktion begrüsst es, dass die bewilligten Kredite für die anstehenden Investitionen auch sorgsam eingesetzt wurden. Mitberichte der ständigen Kommissionen zur Staatsrechnung 2016: Die beiden Anträge der RUEK auf „Nichtabschreiben“ von Ziffer 18, Postulat P 500, Odermatt Markus, sowie Ziffer 26, Postulat P 260, Greter Alain, unterstützt die CVP-Fraktion. Dem Kantonsratsbeschluss über die Abschreibung von Motionen und Postulaten, wie sie in der Staatsrechnung aufgelistet sind, wird die CVP mit Ausnahme der erwähnten Anträge der RUEK und der Ziffer 32, Postulat P 32 von Schmid-Ambauen Rosy sowie der der Ziffer 21, Postulat P 582 von Odermatt Samuel, zustimmen. Dem Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Berichts über die Umsetzung der Beteiligungsstrategie wird die CVP ebenfalls zustimmen. Die Geschäftsberichte 2016 der ausgelagerten Betriebe LUKS, Lups, Lustat und Landwirtschaftliche Kreditkasse hat die CVP-Fraktion zur Kenntnis genommen. Erfreut haben wir festgestellt, dass dieses Jahr auch der Geschäftsbericht der Universität Luzern vorlag.

Für die SVP-Fraktion spricht Angela Lüthold.

Angela Lüthold: Die Rechnungsablage berichtet über das vergangene Jahr 2016. Die Ablage wird gegliedert in den Geschäftsbericht Teil I und Teil II. Der Geschäftsbericht Teil I gibt in übersichtlicher Manier über alle wesentlichen Punkte Auskunft. Die Finanzkontrolle hat ihre Tätigkeit vollzogen und ebenfalls einen Tätigkeitsbericht vorgelegt. Alles in allem schliesst die Rechnung 2016 mit einem Aufwandüberschuss von 49,3 Millionen Franken. Gegenüber der Rechnung 2015 kommt dies einer Verschlechterung von 72,6 Millionen Franken gleich, oder anders gesagt, die Staatsrechnung schliesst um 67,9 Prozent schlechter ab als im Vorjahr. Trotzdem kommt die Jahresrechnung besser daher als die Hochrechnung – das ist erfreulich. Insgesamt sind die Ausgaben um 2,65 Prozent gewachsen und der Ertrag um 0,64 Prozent. Das Ausgabenwachstum bewegt sich immer noch über dem Bruttoinlandprodukt (BIP). Die Nettoinvestitionen verzeichnen gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 10,36 Prozent oder 13,3 Millionen Franken. Die Rechnung 2016 gehört bereits der Vergangenheit an. Alle Jahre sprechen wir von den gleichen Themen, welche die finanzielle Entwicklung des Kantons Luzern beeinflussen. Die Bereiche Bildung, Gesundheit und Verkehr wachsen über 1 Prozent. In den Hauptaufgaben H0 Allgemeine Verwaltung und H1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit ist praktisch gegenüber der Rechnung 2015 eine Punktlandung gelungen. Bei der Bildung wurden die Leistungen zunehmend ausgebaut, nämlich mit dem Projekt „Mint“, dem thematischen Maturitätslehrgang „Life Sciences“ (auch Lebenswissenschaften genannt) und mit der Errichtung der Informatikmittelschule sowie des Bachelorstudiengangs Wirtschaftswissenschaften an der Universität. Hinzu kommen auf der Stufe Fachhochschule Vorlesungen zum Thema Informatik. Die Normkosten verzeichnen gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 3,9 bis 4,4 Prozent in den Bereichen Kindergarten bis Sekundarschule. Die Schülerzahlen nahmen bei der Volksschule zu, ausgenommen bei der Sekundarschule. Insgesamt ist ersichtlich, dass nicht die gymnasiale Bildung und die Aus- und Weiterbildungen für das Ausgabenwachstum verantwortlich zeichnen, sondern die Volksschule mit 7 Millionen Franken und die Hochschulen mit 13 Millionen Franken. Ein weiterer Kostentreiber bildet die Hauptaufgabe Gesundheit. Die Nettokosten wachsen um

8,8 Prozent oder um 29 Millionen Franken. Es wurden insgesamt 717 Berufsausübungsbewilligungen für Ärzte gesprochen, und trotzdem herrscht Ärztemangel. Es gibt eine Zunahme der Bewilligungen gegenüber dem Vorjahr um 27 Prozent. Die Mehrausgaben von 29 Millionen Franken sind vor allem auf die Zunahme des Transferaufwands und die internen Verrechnungen zurückzuführen. Die SVP hat in der Vergangenheit mehrfach darauf hingewiesen, dass es sich beim Asyl- und Flüchtlingswesen um eine Bundesaufgabe handelt. Seit mehreren Jahren hat der Kanton Luzern mehrere Millionen Franken dafür aufgewendet. Im Jahr 2016 belasten die Nettoaufwendungen den Steuerzahler mit 21,7 Millionen Franken. Wir fragen uns, ob die Verselbständigung der Dienststelle Asyl- und Flüchtlingswesen (DAF) wirklich das Mass aller Dinge ist. Ist die DAF bei einer möglichen Abnahme der Asylbewerber flexibel genug, um reagieren zu können, und wird es dann auch wirklich günstiger? Beim Ertrag schlagen die Mindereinnahmen aus dem NFA mit rund 80 Millionen Franken zu Buche. Erfreulicherweise sind die Einnahmen aus Steuern gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 68,5 Millionen Franken gewachsen. Bei den juristischen Personen ist die Wachstumsrate mit 12,4 Prozent wesentlich höher ausgefallen als die geplanten 6 Prozent. Zur Personalentwicklung: Grundsätzlich wurden im Bereich Soziales und Gesellschaft insgesamt 134,8 Stellen und im Bereich Wirtschaft und Arbeit 7 Stellen geschaffen. Aufgefangen wurde die Zunahme in allen anderen Bereichen, sodass lediglich eine Zunahme um 54 Stellen zu verzeichnen ist. Zur konsolidierten Rechnung: Das konsolidierte Gesamtergebnis wies im Vorjahr einen Überschuss von 85 Millionen Franken aus. Per 2016 beträgt das Ergebnis noch 17 Millionen Franken. Zur Verschlechterung trägt vor allem das Jahresergebnis der Kernverwaltung bei. Zusammenfassung: Für die Entwicklung des Gesamtergebnisses ist einerseits das überdurchschnittliche Wachstum im Sach- und übrigen Betriebsaufwand sowie im Transferaufwand verantwortlich. Dazu kommt das extreme Wachstum in den Hauptaufgaben Bildung und Gesundheit, insbesondere die Leistungserbringungen im Asylwesen. Dies zeigt sich beim personellen Wachstum ebenfalls. Es gilt zukünftig auf diese beiden Bereiche ein besonderes Augenmerk zu richten. Lobenswert ist die hohe Budgetdisziplin. Die Verwaltung hat das ausgegeben, was wir bewilligt haben. Wollen wir weniger ausgeben, müssen wir beim Budget eingreifen. Zu den Abschreibungen von Motionen und Postulaten: Die SVP unterstützt die Anträge, das Postulat P 500 von Markus Odermatt und das Postulat P 32 von Rosy Schmid nicht abzuschreiben. Zum Bericht über die Umsetzung der Beteiligungsstrategie: Insgesamt sind 48 Unternehmen des öffentlichen und privaten Rechtes im Beteiligungsspiegel aufgeführt. Der Bericht gibt pro Unternehmen Auskunft über das Risiko, das Finanzielle und die Strategie. Beispielsweise wurde die Landwirtschaftliche Kreditkasse vom Risikostatus C in B eingestuft, weil es sich um hohe Kreditsummen handelt. Aufgrund der erfolgreichen Sanierungsmassnahmen konnte das Jugenddorf St. Georg Bad Knutwil von B auf C zurückgestuft werden. Die Beteiligungshöhe bleibt unverändert. Die Berichte des LUKS, der Lups und von Lustat werden zur Kenntnis genommen. Die SVP ist für Eintreten auf B 76 A, B und C und stimmt den Vorlagen zu.

Für die FDP-Fraktion spricht Damian Hunkeler.

Damian Hunkeler: Die FDP dankt dem Finanzdirektor und all seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den vorliegenden Jahresbericht und für die grosse geleistete Arbeit in diesem nicht sehr einfachen Umfeld mit den vielen Sonderaufgaben, die zu erfüllen waren. Ebenfalls danken wir den Verantwortlichen der ausgegliederten Einheiten für ihre Jahresberichte. Der Jahresbericht 2016 ist grundsätzlich positiv zu werten, da er eine sehr hohe Präzision in der Budgetierung aufweist. Die Departemente haben ihre Aufgabe gut erfüllt und die Ausgaben im Griff gehabt. Wir hoffen, dass dies auch bei einer Vorverlegung der Budgetierung noch der Fall sein wird. Die Abweichungen bei den Einnahmen von minus 0,5 Prozent und bei den Ausgaben von minus 0,2 Prozent gegenüber dem Budget sind sehr gering, und die Abweichung von 8,4 Millionen Franken im Gesamtergebnis sind ein guter Wert. Zwei Probleme aber zeigt uns dieser Abschluss unmissverständlich auf: Wir haben einen Aufwandüberschuss von knapp 50 Millionen Franken und ein Ausgabenwachstum von 2,3 Prozent bei gleichbleibenden Einnahmen. Selbstverständlich haben wir das ja schon im

letzten Dezember gewusst, als wir das Budget verabschiedet haben, aber eben, diese zwei Punkte sind das grosse Problem, das uns diese, aber auch die nächsten paar Sessionen beschäftigen wird. 2016 kann man aus unserer Sicht abhaken, damit wir uns mit voller Konzentration der bevorstehenden schwierigen Herausforderungen annehmen können. Die Beteiligungsstrategie haben wir ebenfalls angesehen und stimmen ihr zu. Wir treten ein und stimmen den Botschaften B 76 A, B und C und den Geschäftsberichten aller Anstalten zu.

Für die SP-Fraktion spricht David Roth.

David Roth: Die Jahresrechnung des Kantons schliesst mit einem Verlust von 49,3 Millionen Franken ab, 8,4 Millionen Franken schlechter als erwartet. Die Verschlechterungen haben Mindereinnahmen bei den juristischen Personen ausgelöst. Die Einnahmen sind erneut unter den ohnehin schon mehrfach nach unten korrigierten Erwartungen geblieben. Hinter den tieferen Ausgaben steckt ein Abbau von Leistungen, während Posten mit Ausgabenwachstum keinen Leistungsausbau, sondern ein Mengenwachstum als Hintergrund haben. Abgebildet wird auch die Ausgabendisziplin der Verwaltung. Nicht abgebildet sind all die abgebauten Leistungen und Kürzungen und der Stellenabbau. Bei der Präsentation der Jahresrechnung hat der Finanzdirektor von einem Jahr der Bildung gesprochen. Das ist schlicht ein Hohn. Offenbar hat die Regierung bereits verdrängt, warum Luzern im letzten Jahr schweizweit in den Schlagzeilen war: wegen der Zwangsferien an den Berufs- und Mittelschulen. Die Verwaltung hatte eine hohe Ausgabendisziplin und gegenüber dem Budget eine massive Verbesserung um 12 Prozent erzielt, wie dies in den letzten Jahren auch der Fall war. Die Luzerner Verwaltung erbringt im Vergleich zu anderen Kantonen die öffentlichen Aufgaben um 12 Prozent günstiger und musste in den letzten Jahren mehrere Abbaurunden durchstehen. Die bevorstehende Organisationsentwicklung OE17 soll weitere 40 Millionen Franken einbringen. Während Effizienzgewinne immer erwünscht sind, gehen diese Massnahmen längst darüber hinaus. Entsprechend mies ist die Stimmung beim Staatspersonal, entsprechend unattraktiv ist der Kanton Luzern als Arbeitgeber. Beispielhaft dafür ist die während Monaten unbesetzte Stelle der Leitung des Rechtsdienstes des Finanzdepartementes. Die SP wird die Jahresrechnung ablehnen. Grund dafür ist eine absolut undurchsichtige Darstellung der sogenannten Repartitionszahlungen und der Abgrenzungen bei den Steuern der juristischen Personen. Wie bereits der Kommissionssprecher gesagt hat, gibt es keine ausreichenden Schätzungen, wie sich die Repartitionszahlungen entwickeln. Uns scheint die Darstellung völlig undurchsichtig. Ein Beispiel: Auf Seite 189 wird im Zahlenteil der Anteil der direkten Bundessteuer mit einer anderen Zahl angegeben als anschliessend im darunter stehenden Prosateil. Die Abschreibungen von falsch geschätzten Abgrenzungen sind unklar und im Jahresbericht nicht abgebildet. Das mag für Sie jetzt nach ein paar Details klingen. Das ist es aber überhaupt nicht. Es ist ein äusserst heikler Bereich, denn die nachträglichen Korrekturen sind in einem Bereich, der politisch äusserst heikel ist, ja in einem Bereich, in dem die Regierung ihre Finanzstrategie als Erfolgsmodell präsentierte. Die Frage, ob diese Zahlen korrekt sind, hat deshalb eine sehr hohe Relevanz. Wir werden in dieser Session noch eine entsprechende Anfrage einreichen. Zwar fanden bereits Anpassungen statt, nachdem diese von der Finanzkontrolle gefordert wurden. Aber es wurden noch nicht alle gemacht, und die Korrekturen sind auch nicht ausgewiesen. Dokumente, die hier Aussagen darüber machen, sind vertraulich. Unter diesen Umständen können wir der Jahresrechnung nicht mit gutem Gewissen zustimmen.

Für die Grüne Fraktion spricht Michael Töngi.

Michael Töngi: Sie haben es von meinen Vorrednern gehört: Die Rechnung 2016 liegt nah bei den budgetierten Zahlen. Trotzdem ist es keine Rechnung, die man einfach ad acta legen kann. Mehrere Punkte geben uns zu denken, nicht erst seit dem 21. Mai 2017. Wir haben da zum einen den Spardruck. Mit einem rigorosen Spardruck wurden in der Verwaltung 2016 die Ausgaben um weitere 10 Millionen Franken heruntergedrückt, und dies obwohl unser Kanton seine Leistungen mit unterdurchschnittlichen Kosten erbringt. Wir machen das 15 Prozent günstiger als der Durchschnitt der Kantone und immer noch mehrere Prozente günstiger als vergleichbare Kantone wie Aargau, St. Gallen oder

Solothurn. Das hat Konsequenzen: Die Unzufriedenheit beim Personal wächst, die Leistungen für die Bevölkerung werden gekürzt. Selbst der Regierungsrat gibt zu: „Man muss zur Kenntnis nehmen, dass wir bei den Massnahmen in der Verwaltung an eine Grenze kommen. Wir haben Bereiche, in denen es zunehmend schwierig wird, Personal zu finden.“ So haben wir zum Beispiel im Bereich Strassen eine kontinuierlich sinkende Mitarbeiterzahl. 2012 waren in der Dienststelle Verkehr und Infrastruktur (vif) noch 66 Stellen besetzt, 2016 waren es noch 59 Stellen, 7 Stellen sind vakant. Geht es um die Frage, weshalb das Bauprogramm nicht schneller umgesetzt werden kann oder warum einzelne Projekte stottern, dann hören wir immer, dass es halt Einsparungen gebe. Die gab es auch schon vor zehn Jahren. Wir denken, dass die Verzögerungen auch ein Problem der mangelnden personellen Ressourcen sind. Es lohnt sich auch einmal, die Informationen unter dem Stichwort „Risiken“ in der Jahresrechnung anzuschauen. Es wird Sie nicht überraschen, wie es dort klingt: „Die zunehmenden Aufgaben des Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartementes müssen mit gleichbleibenden oder abnehmenden finanziellen Mitteln bewältigt werden.“ „Der Kanton Luzern muss seine Position auf dem Arbeitsmarkt weiter ausbauen und stärken, damit die Personalrekrutierung auch zukünftig erfolgreich gestaltet werden kann.“ „Die Anforderungen an die Informatik steigen jedoch überproportional und führen zu immer schnelleren Anpassungszyklen. Die Anforderungen an das Personal und die Rekrutierung von geeigneten Arbeitskräften sind weiterhin eine grosse Herausforderung.“ „Die zunehmende Belastung der Mitarbeitenden steht abnehmenden finanziellen Ressourcen gegenüber.“ „Die generelle Erhöhung der Arbeitszeit behindert die Schul- und Unterrichtsentwicklung.“ Die Hochschulen und die Universität haben ernsthafte finanzielle Probleme und können ihrem Anspruch immer weniger gerecht werden. Die Denkmalpflege kann in Teilen ihren gesetzlichen Auftrag nicht mehr erfüllen, und die finanzielle Situation der Luzerner Museen wird als bedenklich bezeichnet. Aus Sicht der Grünen ist diese Grenze längst überschritten. Das finanzpolitische Korsett lässt keinen Spielraum zu, geschweige denn Innovation. Doch unter dem Allerweltsnamen „Organisationsentwicklung“ werden weitere Kürzungen geprüft und umgesetzt. Hier will der Regierungsrat nochmals 40 Millionen Franken wegekürzen. Das ist nur mit einem Abbau beim Personal und bei den Leistungen zu machen. Die Grünen fordern eine offene Debatte über die weiteren Abbaumassnahmen in der laufenden Organisationsentwicklung, die bisher nur sehr bruchstückhaft sichtbar wurde. Was bisher zu lesen war, sieht bedenklich nach einer Top-down-Übung aus, die zu weiteren Frustrationen führt. Wenn dann noch Bemerkungen wie jene der PFK im Finanzleitbild kommen, dass wir unser Steuerniveau halten sollen, indem wir eine überdurchschnittliche Effizienz und eine permanente Leistungsüberprüfung fordern, dann fragen wir uns schon: Von welchem Kanton wird hier gesprochen? Wir sind doch seit Jahren mit nichts anderem mehr beschäftigt, als an dieser Schraube zu drehen. Wir haben Steuererträge, die wachsen, aber nie so, wie gedacht. Einmal mehr sind die Steuererträge der juristischen Personen unter den Erwartungen geblieben. Sie liegen 10 Millionen Franken unter dem Budget, auf dem gleichen Stand notabene wie 2013 und gar 26 Millionen Franken unter dem Wert, der 2012 prognostiziert wurde. Macht man eine Trendkurve, dann sind die Steuereinnahmen der juristischen Personen in den Abschlüssen 2012–2016 von 101 auf 109 Millionen Franken gestiegen. Will man wieder auf den Ausgangspunkt von 2008 – da hatten wir 150 Millionen Franken Steuereinnahmen –, müssen wir gemäss Trendkurve noch rund 17 Jahre warten. Bei den natürlichen Personen sieht die Situation tatsächlich besser aus, da hatten wir im letzten Jahr ein Wachstum von 3,3 Prozent. Das ist ordentlich, das sind pro Jahr rund 30 Millionen zusätzliche Steuerfranken. Aber auf den gesamten Umsatz des Kantons von 3,7 Milliarden Franken ist das dann halt doch weniger als 1 Prozent und vor allem viel zu wenig, um alle Löcher zu stopfen. Wir Grünen möchten als Grundsatz für die heutige Finanzdebatte folgende Punkte quasi als unsere Leitmotive hervorheben: Erstens: Es führt kein Weg an Mehreinnahmen vorbei. Ohne Mehreinnahmen werden die Luzerner Finanzen nicht gesunden. Das haben fünf von sechs Fraktionen in diesem Rat im letzten Herbst auch so gesehen. Die Situation hat sich heute gegenüber vor einem Jahr nicht verbessert, sondern noch verschlechtert.

Zweitens: Mehreinnahmen sind nur mit einer Revision des Steuergesetzes machbar. Eine gerechtere Verteilung der Steuerlast schafft erst die Voraussetzung, dass mehr Steuern auch von einer Bevölkerungsmehrheit mitgetragen werden. Drittens: Kurzfristig ist für uns eine höhere Verschuldung akzeptabel und der einzige Weg, um aus unserer hastigen und unkoordinierten Finanzpolitik herauszufinden. Viertens: Deshalb unterstützen wir alle Anträge, die die Schuldenbremse lockern und uns Zeit verschaffen. Fünftens: Wir kündigen hier schon unseren Widerstand gegen weitere Leistungskürzungen an und werden sie, wo immer möglich, mit Partnern in Referenden bekämpfen. Wir treten auf den Jahresbericht ein und stimmen ihm zu, wir genehmigen ebenfalls den Bericht zur Beteiligungsstrategie, und wir sind einverstanden mit der Abschreibung der Vorstösse, wie sie aus der Beratung in der Kommission hervorgegangen ist.

Für die GLP-Fraktion spricht Urs Brücker.

Urs Brücker: Schön, dürfen wir heute zurückschauen. Auch wenn dieser Blick nicht sehr erfreulich ist, ist das, was vor uns liegt, doch noch um einiges betrüblicher. Zum Geschäftsbericht: Im Teil I erstattet der Regierungsrat Bericht über die Umsetzung der Kantonsstrategie. Basierend auf drei Leitsätzen wurden acht Schwerpunkte festgelegt, für welche im Jahr 2016 verschiedenste Massnahmen getroffen und umgesetzt wurden. Bei einigen der Massnahmen, die umgesetzt wurden, kann man sich natürlich die Frage nach der Relevanz nicht ganz verkneifen. Aber es zeigt auf jeden Fall auf, dass die Bandbreite der umgesetzten Massnahmen sehr gross ist – von der Durchführung eines Diskussionsanlasses „Brennpunkt Gymnasium“ bis zum Konsolidierungspaket KP17. Vielleicht sollte man die umgesetzten Massnahmen noch mit einer Gewichtung ergänzen. Nichtsdestotrotz, B 76 A, der Geschäftsbericht, ist übersichtlich, sehr informativ und gibt auf wenigen Seiten eigentlich das her, was für die strategische Beurteilung von Zustand und Marschrichtung unseres Kantons durch uns Kantonsräte nötig ist. Zur Jahresrechnung: Nach drei „magerfetten“ Jahren schliesst die Rechnung 2016 erstmals seit 2012 wieder mit einem Aufwandüberschuss von rund 49 Millionen Franken. Das sind etwa 8 Millionen Franken schlechter als budgetiert, also nicht einmal sehr weit weg von einer Punktlandung. Wenn man allerdings mit dem Budget im AFP 2016–2019 vergleicht, sind es dann – ohne Nachtragskredite und Kreditübertragungen – schon 30 Millionen Franken, und verglichen mit der Rechnung 2015 ist das Ergebnis über 70 Millionen Franken schlechter. Wenn man die Rechnungen 2015 und 2016 vergleicht, dann bestätigt sich, dass wir uns, mindestens finanziell betrachtet, in einer ganz anspruchsvollen Phase befinden. Gegenüber 2015 stieg der Gesamtaufwand um satte 96 Millionen Franken, und der Ertrag konnte mit einem Plus von nur 23 Millionen Franken nicht Schritt halten. Nach wie vor steigt der Aufwandüberschuss in den Bereichen Bildung und Gesundheit. Bei der Bildung wurde das Budget 2016 zwar praktisch eingehalten, aber der Vergleich mit den Zahlen 2015 – plus 10 Millionen Franken – zeigt deutlich, dass wir bei diesem mit Abstand grössten Budgetposten ein Problem und Handlungsbedarf haben. Am meisten steigt der Aufwandüberschuss im Bereich Gesundheit; dort wurde das Budget um über 6 Millionen Franken verfehlt, und gegenüber der Rechnung 2015 beträgt der Anstieg 29 Millionen Franken, verursacht durch viel höhere Ausgaben in der Spitalfinanzierung. Im Gegensatz dazu hat die Kernverwaltung gegenüber dem Budget 11,7 Millionen Franken zusätzlich eingespart, was schon darauf hinweist, dass unsere finanziellen Probleme nicht wirklich bei der Verwaltung liegen. Bei den Steuereinnahmen konnten sowohl bei den natürlichen wie bei den juristischen Personen gegenüber 2015 Mehrerträge verbucht werden. Dabei liegen die Erträge bei den natürlichen Personen mit über 11 Millionen Franken mehr klar über dem Budget, die Erträge bei den juristischen Personen um rund 10 Millionen Franken klar unter den budgetierten Zahlen. Bei den juristischen Personen wurde mit einer erhofften Zunahme von 16 Prozent gegenüber 2015 also klar zu hoch budgetiert. Immerhin interessant ist, dass die Steuereinnahmen der juristischen Personen in Prozent immer noch mehr steigen als diejenigen der natürlichen Personen. Der Mittelabfluss in der Geldflussrechnung ist mit 118 Millionen Franken beträchtlich, und vergleichen wir wieder mit der Rechnung 2015, beträgt der Unterschied über 280 Millionen Franken. Seit den neuen Rechnungslegungsgrundsätzen 2011 war der

Mittelabfluss noch nie so hoch und das Geldfluss-Investitions-Verhältnis derart tief. Netto wurde mit 141,6 Millionen Franken etwas mehr investiert als budgetiert. Aber wie schon letztes Jahr angemerkt, die Investitionen haben in den letzten fünf Jahren nie mehr das Niveau von früheren Jahren erreicht. Die Frage ist, ob und wann uns dies einholt. 2016 war ein schwieriges Jahr, aber leider wird es nicht das letzte schwierige gewesen sein. Insbesondere nach der Ablehnung der Steuererhöhung am 21. Mai 2017 sind die Perspektiven für den kantonalen Finanzhaushalt düster. Den Plan B gibt es nicht. Jetzt gibt es halt den Plan C, und bei diesem werden wir trotz neuer Schuldenbremse nicht um weitere schmerzliche Sparmassnahmen herumkommen. Die GLP tritt auf die Botschaft ein und stimmt ihr zu.

Yvonne Zemp Baumgartner: Ich möchte kurz auf das Traktandum 9 eingehen, den Geschäftsbericht 2016 der Luzerner Psychiatrie. Die SP ist über die ambulante psychiatrische Versorgung im Kanton Luzern besorgt. Aktuell bestehen Wartezeiten von 40 Tagen. Das ist aus unserer Sicht sowohl für die psychisch kranken Menschen als auch für ihre Angehörigen unzumutbar. Ein Grund ist sicher die ungenügende finanzielle Abgeltung der ambulanten Leistungen und die Kürzung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen, die einen Teil der fehlenden Finanzierung abgeben. Wir sind der Auffassung, dass hier eine angemessene Grundversorgung im Moment gefährdet ist. Die SP wird deshalb entsprechende Vorstösse einreichen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Das Resultat mit einem Aufwandüberschuss von 49 Millionen Franken ist nicht berauschend, aber akzeptabel im Hinblick darauf, dass 40 Millionen Franken minus budgetiert waren. Wir führen den Staat in zehn Hauptaufgaben. Von zehn Hauptaufgaben laufen sieben gut. Wir haben gegenüber dem Vorjahr ein Wachstum in den Hauptbereichen Bildung und Gesundheit. Bei den Finanzen und Steuern gibt es ein Minus. In den Bereichen Gesundheit und Bildung gibt es Budgetabweichungen. Die Steuererträge wachsen. Bei den natürlichen Personen sind es 49 Millionen Franken, bei den juristischen Personen 6 Millionen Franken. Das sind gute Resultate, auch im Vergleich mit anderen Kantonen. Bei den direkten Bundessteuern wachsen die Einnahmen von natürlichen und juristischen Personen ebenfalls noch. Bei der Behandlung des Finanzleitbildes haben wir aber noch Gelegenheit, detaillierter auf dieses Thema einzugehen. Ich gehe noch kurz auf die Geldflussrechnung ein. Die Geldflussrechnung ist mit 12 Prozent historisch schlecht. Das hat nichts damit zu tun, dass wir zu viel investiert haben, sondern dass wir beim Bund noch liquide Mittel parkiert haben, damit wir keine negativen Zinsen zahlen müssen. Was die Abschreibung der Vorstösse angeht, hat die Regierung eine andere Beurteilung vorgenommen als die Kommission. Natürlich akzeptieren wir Ihre Entscheidung und opponieren den vier Anträgen nicht. Notfalls lassen wir die vier Vorstösse stehen und kommen im nächsten Jahr auf diese Entscheidung zurück.

Der Rat tritt auf die Vorlage ein.

Ylfete Fanaj: Wie David Roth im Eintretensvotum erklärt hat, lehnt die SP-Fraktion den Jahresbericht ab.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Jahresberichtes 2016, wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 97 zu 15 Stimmen zu.